

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/55

Bonn, den 22. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 1a

Enttäuschte Sowjetzonenflüchtlinge

88

Der Leidensweg des Gesetzes zur rechtlichen Gleichstellung

Von Willi Jäger, Bonn

2 Gaullistischer "Sturm auf die Rathäuser" ohne Erfolg 46

Bilanz der Kommunalwahlen in Frankreich

3 Hoffnung auf ein neues Europa 50

Jaksch-Plan im Mittelpunkt vieler Diskussionen

4 Köln bewahrt das Erbe schlesischer Kultur 54

Eine vorbildliche gesamtdeutsche Leistung

5 "Ex-Bundesminister" Albrecht Krause ... 39

... und das Deutsch-Französische Jugendwerk

Von Dr. Günther Müller,

Bundsvorsitzender der Jungsozialisten

Enttäuschte Sowjetzonenflüchtlinge

Der Leidensweg des Gesetzes zur rechtlichen Gleichstellung

Von Willi Jäger, Bonn

Zu Beginn der vierten Wahlperiode des Deutschen Bundestages schien es, als ob die rechtliche Gleichstellung der Sowjetzonenflüchtlinge mit den Heimatvertriebenen verwirklicht werden würde. Die Dringlichkeit dieser Aufgabe war oft genug unterstrichen worden, und das früher von der Bundesregierung eifrig gebrauchte Gegenargument, daß eine solche gesetzliche Regelung eine Sogwirkung auf die Fluchtbewegung aus der Sowjetzone ausüben könnte, war seit dem 13. August 1961, dem Tag der Errichtung der Berliner Mauer, entkräftet. Durch verschärfte Absperrmaßnahmen entlang der Zonengrenze gelang es den Pankower Machthabern, die Massenflucht der mitteldeutschen Bevölkerung einzudämmen. Die Bundesregierung konnte also risikolos am 29. November 1961 erklären, daß sie in einem Gesetzentwurf die Gleichstellung der Sowjetzonenflüchtlinge mit den Heimatvertriebenen auf allen sozialen Gebieten herbeiführen werde. Die Flüchtlinge knüpften daran berechtigte Hoffnungen.

* * *

Mehr als ein Zehntel der Bevölkerung der Bundesrepublik ist seit Kriegsende aus Mitteldeutschland und aus dem Sowjetsektor Berlins zugezogen; die meisten auf dem Fluchtwege. Die Gesamtzahl wird nach den Ergebnissen der Volkszählung vom Jahre 1961 mit 5,8 Millionen Personen beziffert. Davon sind 2,4 Millionen Heimatvertriebene, die nach einem Zwischenaufenthalt in der Sowjetzone zu uns kamen, hier aber nur dann im Lastenausgleich und nach anderen Gesetzen Ansprüche geltend machen konnten, wenn sie schon am 31. Dezember 1952 ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik hatten. Bei allen anderen Flüchtlingen und Zuwanderern aus der Zone kommt es bis heute darauf an, ob sie als politische Flüchtlinge anerkannt werden. Dieses "Glück" hatten leider nur rund 840 000 von ihnen. Aber auch diese konnten beispielsweise im Lastenausgleich nur auf beschränkte materielle Leistungen aus dem sogenannten Härtefonds rechnen, während 2,3 Millionen ihrer "nicht anerkannten" Schicksalsgefährten nicht einmal solche Möglichkeiten hatten. Für sie alle, "anerkannte" wie "nicht anerkannte" Flüchtlinge, würde ihr weiterer Lebensweg entscheidend von der versprochenen Gleichstellung abhängen; das war damals, nach der Wahl des vierten Bundestages, den Betroffenen wie den Verantwortlichen klar.

* * *

Trotzdem hörten die Flüchtlinge außer in einer weiteren Regierungserklärung und in zahlreichen ministeriellen Sonntagsreden nichts von einer entsprechenden Regierungsvorlage. Monate vergingen und es geschah nichts. Im Gegenteil, im Regierungslager wurde immer häufiger von der "speziellen" Gleichstellung geredet. Was darunter zu verstehen war, blieb nebulos und gab zu Befürchtungen Anlaß.

Die Sozialdemokraten ergriffen die Initiative und beantragten zunächst im März 1962 die Beseitigung des Stichtaghindernisses im Lastenausgleichsgesetz für die nach 1952 aus der Sowjetzone zugezogenen Heimatvertriebenen. Vierzehn Monate lang wurde gegen den Widerstand der Bun-

desregierung um dieses Ziel gerungen. Das Ergebnis war eine Verlegung des Anwesenheitsstichtages auf den 31. Dezember 1964, wodurch 400 000 Vertriebene zu ihrem Recht kamen und der erste Schritt für Stichtagregelungen in fünfzehn weiteren Gesetzen getan war.

Noch bedeutsamer als diese Initiative ist der Entwurf eines Flüchtlingsgesetzes, den die Sozialdemokraten am 29. Oktober 1962 im Bundestag einbrachten. Mit diesem umfassenden Gesetzentwurf wurde die rechtliche Gleichstellung aller aus Mitteldeutschland und aus Ostberlin in die Bundesrepublik geflüchteten und übersiedelten Deutschen untereinander und mit den Heimatvertriebenen bis ins einzelne geplant. Ausgenommen wurde nur die kleine Gruppe der kriminellen und politischen Verbrecher. Im ganzen Lande atmeten die Zonenflüchtlinge erleichtert auf. Gegenstimmen gab es nicht etwa bei den Steuerzahlern, sondern bei einigen CDU-"Flüchtlingspolitikern", die bis heute an der Klassifizierung in "anerkannte" und "nicht anerkannte" Flüchtlinge festhalten.

* * *

Unter dem Druck der Oppositionsvorlage kam dann ein halbes Jahr später die Regierung mit einem eigenen Entwurf für ein Gesetz, das treffend als "Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der SBZ" bezeichnet wurde. Was die Bundesregierung unter "sozialer Gleichstellung" verstand, konnte man nun schwarz auf weiß lesen. Hinter dieser so lauthals angekündigten Gesetzesvorlage verbargen sich einige karitative Maßnahmen, die weit entfernt waren von den sozialdemokratischen Vorstellungen und vor allem von den Notwendigkeiten.

Inzwischen sind wieder fast zwei Jahre vergangen. Der sozialdemokratische Flüchtlingsgesetzentwurf, der von Abgeordneten der Regierungsparteien in den Bundestagsausschüssen schon praktisch zu Fall gebracht worden ist, wird in wenigen Tagen dem Plenum des Bundestages zur Schlussberatung vorliegen. Die Erledigung dieses Gesetzentwurfes ist von schicksalhafter Bedeutung für die Flüchtlinge. Daran kann auch die gleichzeitige Verabschiedung eines Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes nichts ändern, das im Gegensatz zu dem SPD-Flüchtlingsgesetzentwurf k e i n e Entschädigungen vorsieht.

* * *

Die begreifliche Enttäuschung bei den Flüchtlingen wird noch dadurch vermehrt, daß völlig ungewiß ist, wann sie wenigstens mit dem Inkrafttreten des Hilfsmaßnahmegesetzes rechnen können. Dieses Gesetz, das durch das Einwirken der sozialdemokratischen Mitglieder des Lastenausgleichsausschusses in einigen Punkten verbessert werden konnte, läuft Gefahr, an dem Votum des Bundesrates zu scheitern. Auch dafür sind die Regierung und ihre Bundestagsfraktionen verantwortlich, die bedenkenlos einen Finanzstreit mit den Ländern auf dem Rücken der Flüchtlinge austragen.

Am 25. März will die jetzige CDU/CSU - FDP-Mehrheit im Bundestag die Ablehnung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes formell besiegeln. Wenn bis dahin nicht noch etwas Überraschendes geschieht, wird dieser 25. März ein schwarzer Tag für die Sowjetzonenflüchtlinge in der Bundesrepublik werden.

+ + +

Gaullistischer "Sturm auf die Rathäuser" ohne Erfolg

Bilanz der Kommunalwahlen in Frankreich

sp - Auch die zweite Runde der französischen Kommunalwahlen hat den Eindruck bestätigt, daß die Mehrheit der Wähler die von de Gaulle angestrebte Polarisierung des Parteienwesens in eine irgendwie geartete LINKE und in eine gaullistische RECHTE ablehnt. Das Hauptinteresse hatte sich bei diesem zweiten Wahlgang auf das Ergebnis von Paris und Marseille gerichtet. Der sozialdemokratische langjährige Bürgermeister von Marseille und Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im Spätherbst dieses Jahres, Gaston D e f f o r r e, konnte für seine Liste 41 von insgesamt 63 Mandaten erobern; er verfügt also über die absolute Mehrheit. Damit ist erwiesen, daß weder die kommunistischen noch die gaullistischen Wähler des ersten Wahlganges bereit gewesen sind, die Parolen ihrer örtlichen, bzw. überregionalen Parteizentralen zu befolgen. Das Ergebnis von Marseille geht weit über das der Bedeutung einer Kommunalwahl hinaus. Die Chancen für Defforre haben sich durch seinen Wahlsieg in Marseille im Blick auf die Präsidentschaftswahl erheblich verbessert.

Das Ergebnis von Paris ist insofern interessant, als hier die Gaullisten mit einem unvorstellbaren Aufwand an Mitteln versucht hatten, die absolute Mehrheit zu erringen. Sie mußten sich mit 39 von insgesamt 90 Mandaten begnügen. Auf die wegen der besonderen Verhältnisse in Paris gebildete Kombinationsliste von Sozialisten und Kommunisten entfielen 38 Mandate; die Mittelparteien konnten mit einigen unabhängigen Kandidaten 13 Mandate erringen. In den meisten Pariser Vororten waren die Entscheidungen bereits im ersten Wahlgang zugunsten von Kommunisten oder Sozialisten gefallen.

Mit Ausnahme einiger weniger Städte und Gemeinden ist es den Gaullisten im übrigen Frankreich ebenso ergangen wie in Paris und Marseille. Ihr Versuch, die Rathäuser zu erobern, ist gescheitert. Die Kommunisten konnten dagegen ihre beherrschende Stellung in 25 Städten mit über 30 000 Einwohnern auf 34 Städte ausdehnen. Diese Ziffer erreichten sie aber in erster Linie durch Listenverbindungen unterschiedlichster Art mit den Mittelparteien.

Politisch entscheidend bei den Kommunalwahlen ist jedoch, daß sämtliche Parteien der Vierten Republik ihre Anziehungskraft auf die Wähler behalten zu haben scheinen, was jedoch nicht unbedingt bedeutet, daß die gleichen Wähler bei der kommenden Präsidentschaftswahl sich ebenfalls so verhalten werden. Trotzdem ist ersichtlich, daß die besonders von den Mittelparteien inspirierte Politik der europäischen Integration in Frankreich durchaus lebendig bleibt. Es ist ferner beachtlich, daß selbst eine so starke und populäre Persönlichkeit wie de Gaulle es nicht vermocht hat, das Gros der Wähler auf die Partei der Gaullisten zu konzentrieren. Die Konsequenzen für die französische Innen- und Außenpolitik, die sich nach diesen beiden Wahlgängen ergeben könnten, werden nicht sehr bald sichtbar sein. Aber unabhängig davon wird man mit den Realitäten zu rechnen haben, welche die beiden Wahlsonntage erkennen ließen.

Hoffnung auf ein neues Europa

Jaksch-Plan im Mittelpunkt vieler Diskussionen

B-R - Die politisch-wirtschaftliche Studie von Wenzel Jaksch zum Thema "Westeuropa - Osteuropa - Sowjetunion, Perspektiven wirtschaftlicher Zusammenarbeit" hat im In- und Ausland Aufsehen erregt. In einer Zeit wirtschaftlicher Umgruppierung und politischer Neuorientierung stellt sie einen wichtigen Beitrag zur Formulierung der westlichen Politik dar.

Der Bayerische Rundfunk widmete dieser Arbeit eine längere Sendung, die mit folgenden Worten eingeleitet wurde: "In dieser Studie gibt der sozialdemokratische Politiker eine Art Rahmenvorstellung von den Möglichkeiten einer deutschen Ostpolitik. Diese Arbeit stellt gewissermaßen die Weiterführung der Gedankengänge des nach ihm benannten Berichtes dar, den der Bundestag am 14. Juni 1961 einstimmig angenommen hat und in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, jede sich bietende Gelegenheit zur Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern zu ergreifen - ohne daß dabei lebenswichtige deutsche Interessen preisgegeben würden."

Dann werden die Hörer des Bayerischen Rundfunks mit dem wesentlichen Inhalt der Studie vertraut gemacht. Die Sendung schließt mit der Feststellung: "Sowohl im Westen als auch im Osten wird die Studie von Jaksch diskutiert werden - dessen sind wir sicher. Wie auch immer die Diskussionen laufen, eines steht heute schon fest: In einer Zeit, in der immer wieder nach einer konstruktiven deutschen Ostpolitik gerufen wird, hat der SPD-Politiker Jaksch einen Plan entwickelt, der zukunftsweisend sein kann, der uns vielleicht aus der Sackgasse heraushilft, in die unsere Ostpolitik geraten ist. Darüber hinaus sollte man auch nicht vergessen zu erwähnen, daß Jaksch der Präsident des Bundes der Vertriebenen ist. Künftig wird also niemand mehr sagen können, daß von seiten der Vertriebenen kein Beitrag zu einer konstruktiven Diskussion über die Normalisierung des Verhältnisses zu den Ostblockstaaten und -völkern geleistet worden ist."

In der Sudetendeutschen Zeitung nahm der CSU-Bundestagsabgeordnete Freiherr von Guttenberg zum Jaksch-Plan Stellung. Er schrieb u.a.: "In den letzten Jahren wurde oft davon gesprochen, daß das freie Deutschland und die freie Welt für die Wiederherstellung der Freiheit Mitteleuropas und unserer östlichen Nachbarn bereit sein müsse, Opfer zu bringen, und es wurde immer wieder herungerätselt, um welche Opfer es sich dabei handeln könne. Wenzel Jaksch gebührt das Verdienst, diesen Gedankenweg konkretisiert zu haben, und man sollte in Deutschland und außerhalb Deutschlands vor allem auch zur Kenntnis nehmen, daß hier der Präsident des Bundes der Vertriebenen gesprochen hat. Im gängigen Vokabular vieler Leute also ein 'Kalter Krieger' und 'Revanchist'. Eine merkwürdige 'Revanche', die sich in Vorschlag von Milliardenhilfen zugunsten der osteuropäischen Völker und zur Gewinnung ihrer Freiheit äußert."

In der Zwischenzeit haben amerikanische und kanadische Diplomaten, französische und italienische Journalisten, tschechische und polnische Exilpolitiker ihr brennendes Interesse an dem Jaksch-Plan bekundet. In den höchsten Kreisen der Politik und Wirtschaft in Deutschland steht er weiterhin zur Diskussion.

Köln bewahrt das Erbe schlesischer Kultur

Eine vorbildliche gesamtdeutsche Leistung.

O.H. - In der Bundesrepublik Deutschland gibt es neben der Patenschaft des Landes Niedersachsen für die Landsmannschaft Schlesien insgesamt 43 kommunale Patenschaften für Stadt- und Landkreise Schlesiens. 29 dieser kommunalen Patenschaften entfallen auf das Land Nordrhein-Westfalen. Die wichtigsten davon sind die Patenschaft der Stadt Köln für Breslau-Stadt, des Kreises Aachen für Breslau-Land, der Stadt Dortmund für Waldenburg-Stadt und -Kreis, Lüdenscheid für Glatz, Wuppertal für Liegnitz, Lübbecke für Striegau usw.

Für Patenschaftszwecke hat die Stadt Köln ein Stockwerk des historischen "Hauses Saaleck" zur Verfügung gestellt. Darin sind untergebracht: das Karl-von-Holtei-Archiv, die historische Breslauer Sammlung und die Schlesische Bibliothek. Hinzu kommt ein Versammlungs- und Konferenzraum für etwa 50 Personen.

Mit dem Aufbau des Karl-von-Holtei-Archivs wurde bereits vor mehreren Jahren in der schlesischen Künstlersiedlung in Wangen im Allgäu begonnen. Im Jahre 1959 wurde es von der Patenstadt Köln in Obhut genommen und anlässlich des Deutschlandtreffens der Schlesier der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es enthält fast alle Schriften Holteis, zahlreiche Briefe im Original, die Doktordissertation des Dichters sowie Schriften berühmter Zeitgenossen über Holtei und ihr Verhältnis zu ihm, wie Joseph von Eichendorff, Grillparzer, Gustav Freytag, Alexander von Humboldt, Schleiermacher und andere, ebenso Vertonungen von Schriften Holteis durch Carl Maria von Weber, Mendelssohn-Bartholdy, Meyerbeer, Rossini usw. Eine direkte Beziehung Holteis zu Köln ergibt sich aus einem Brief, in dem der Dichter berichtet, daß ihn eine Kölner Karnevalsgesellschaft im Jahre 1864 zum Ehrenmitglied ernannt hat. Darüber hinaus wurde von Holteis Liederspiel "Die Wiener in Berlin" ein Textbuch in Köln gedruckt. Karl von Holtei wurde am 24.1.1798 in Breslau geboren und starb daselbst am 12.2.1880. Zwischendurch lebte er von 1824 - 1933 in Berlin, war ab 1837 Theaterdirektor in Riga, seit 1847 in Graz, um 1864 nach Breslau zurückzukehren.

Die historische Breslauer Sammlung, die ständig durch neue Ankäufe ergänzt wird, umfaßt alte Stiche, Karten und Bilder von Breslau, von schlesischen Landschaften, Münzen, Medaillen, Gegenständen u.a.m. Von besonderem Wert ist eine Stadtverordnetenkette aus dem Jahre 1808 und eine Schützenkönigskette aus dem Jahre 1868. Die graphische Abteilung der Sammlung umfaßt über 100 Kupfer- und Stahlstiche, Holzschnitte, Radierungen und Lithographien, die zu einem großen Teil koloriert sind. Der älteste im Archiv vorhandene Kupferstich ist eine Landkarte Schlesiens vom Jahre 1561.

Die Schlesische Bibliothek befindet sich seit dem 8. Juni 1963 im "Haus Saaleck". Sie umfaßt rund 1000 Titel schlesische Literatur aus der Zeit vor 1945. Neben Karl von Holtei sind darin fast alle bedeutenden schlesischen Schriftsteller und Dichter vertreten. Eine große Anzahl der vorhandenen Werke sind Erstausgaben. Die Bibliothek ist in vier Bücherschränken untergebracht, die im Foyer aufgestellt sind. Eine besondere Abteilung bildet das Schrifttum über Breslau, das u.a. kommunalpolitische Schriften, Breslauer Lokalstatistiken, Denkschriften des Magistrats, Literatur über das Erzbistum und Domkapitel, über die Kirchen, über Breslauer Organisationen, über die Universität und die Technische Hochschule usw. umfaßt.

Es ist der Stadt Köln hoch anzurechnen, daß sie die mit der Patenschaft über die Hauptstadt Schlesiens übernommene Aufgabe in so muster-gültiger Weise erfüllt.

"Ex-Bundesminister" Albrecht Krause ...

und. das Deutsch-Französisches Jugendwerk.

Von Dr. Günther Müller,
Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Dieser Tage stellten sich der Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, François Altmayer und sein Stellvertreter, Albrecht Krause, vor der Gesellschaft für Auslandskunde in München vor, um über die Erfahrungen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes zu berichten. Während Herr Altmayer, geschliffen und gebildet, eine Laudatio auf die deutsch-französische Zusammenarbeit anstimmte, glaubte Herr Albrecht Krause politische Anmerkungen machen zu müssen.

Die "deutsche Linke" hätte das Deutsch-Französisches Jugendwerk abgelehnt, war da zu hören; sie hätte mehr Kontakte zu skandinavischen Ländern gesucht. Es folgte ein wirrer Satz über "Atlantiker" und deutsch-französische Gemeinsamkeit. Zugleich betonte Herr Krause, daß das Deutsch-Französisches Jugendwerk nichts mit Politik zu tun habe, daß aber die beiden großen Staatsmänner General de Gaulle und Altbundeskanzler Adenauer die Kontakte hergestellt hätten (wahrscheinlich ohne "Politik").

In der Diskussion mußte man Herrn Krause darauf aufmerksam machen, daß es deutsch-französische Jugendkontakte gerade auf der Seite der Sozialdemokratie schon seit Kriegsende gegeben habe und daß dazu gar nicht erst die großen Staatsmänner nötig gewesen wären.

Der Präsident des bayerischen Jugendringes, Hermann Kumpfmüller, widersprach Herrn Krauses Meinung, daß die Diskussion über ein Europäisches Jugendwerk abgeschlossen sei. Leider sei es eine Tatsache, daß nach einer Statistik des Bundes der deutschen Katholischen Jugend die internationalen Begegnungen mit der Jugend anderer Länder abgenommen hätten. Die Anregung, im Rahmen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes doch auch Jugendliche aus anderen Ländern teilhaben zu lassen, wurde mit dem Hinweis von Herrn Krause beantwortet, daß der deutsche und der französische Steuerzahler dafür wohl kein Verständnis hätten. Als ob die deutsche Bundesregierung sonst die Steuerzahler nach der Verwendung der Gelder befragen würde!

Nachdem von den Vertretern von Jugendorganisationen und Volkshochschuleinrichtungen einige drastische Beispiele für die "Schnelligkeit" der deutsch-französischen Jugendbürokratie angeführt worden waren, erreichte die rhetorische Glanzeleistung des Herrn Krause ihren Höhepunkt. Der kritische Hinweis eines Diskussionsteilnehmers, daß das Durchschnittsalter der Kuratoriumsmitglieder 58 Jahre betragen würde, wurde von Herrn Krause "im Namen der Bundesregierung, der er nicht mehr angehöre" schärfstens zurückgewiesen. Obwohl in Bonn vieles möglich ist, von einem Ex-Bundesminister Krause hat man jedoch bisher noch nichts gehört.